

Die fetten Jahre sind vorbei - in erster Linie für uns Junge. Warum die deutsche Politik nicht generationengerecht ist

Der Begriff "Generationengerechtigkeit" ist dabei, die politische Agenda zu erobern. Im Grundsatzprogramm der Grünen, verabschiedet am 17. März 2002 in Berlin, ist der "Generationengerechtigkeit" ein eigener Unterabschnitt gewidmet, auch in der Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD spielt der Begriff eine zentrale Rolle. In den Wiesbadener Grundsätzen der F.D.P. wird er bereits häufiger verwandt als "soziale Gerechtigkeit" und die "Junge Gruppe" von CDU/CSU hat ein vielbeachtetes Positionspapier dazu herausgegeben.

Parallel dazu stieg die Verwendung des Begriffs "Generationengerechtigkeit" in Qualitätszeitungen seit 2001 stark an. So nannten z.B. die Süddeutsche Zeitung, die FAZ, der Spiegel und die taz den Begriff im Jahr 2003 insgesamt 129 Mal in ihren Artikeln (2002: 74 Nennungen; 2001: 19 Nennungen) (1). Mit der *Generationengerechtigkeit!* hat sich gar schon eine eigene interdisziplinäre Fachzeitschrift etabliert. Generationengerechtigkeit ist eine Ethik der Zukunft - im doppelten Sinne.

Entsprechend der Definition des Handbuchs *Generationengerechtigkeit* ist Generationengerechtigkeit erreicht, wenn die Chancen nachrückender Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der ihnen vorangegangenen Generationen (2).

Diese Definition kann auf unterschiedliche Politikfelder heruntergebrochen werden. So folgt daraus für die Umweltpolitik, dass das Naturkapital nicht verringert werden darf. Am häufigsten fällt der Begriff "Generationengerechtigkeit" in Deutschland aber im Zusammenhang mit dem "Generationenvertrag", also dem umlagefinanzierten Rentensystem. Eine deutliche Mehrheit der 18-49jährigen glaubt, dass die Jugend nicht mehr auf dem gleichen Absicherungsniveau leben wird wie die heutige Elterngeneration (3). Immer mehr Jüngere fürchten gar (fälschlicherweise), nicht einmal mehr den Gegenwert ihrer Beiträge zurückzubekommen und suchen nach Ausstiegsmöglichkeiten aus dieser "Zwangsversicherung" (4). Wendet man obige Definition

an, so ist der "Generationenvertrag" generationengerecht, wenn er Jüngere nicht schlechter als Ältere stellt. Als Maß dafür schlug der Autor 1997 die Rendite, also das Verhältnis von Beiträgen und Leistungen, vor. Obwohl der Vorschlag von Altenverbänden wie dem VdK stark kritisiert wurde, griffen Fachleute wie insbesondere Prof. Bert Rürup, der damals dem Wissenschaftlichen Beirat der SRzG angehörte, den Vorschlag auf. Heute ist die Rendite als Maß für Renten-Generationengerechtigkeit zwar nicht unumstritten, aber weit verbreitet (5). Der Sachverständigenrat hat kürzlich Renditeberechnungen veröffentlicht, nach denen die Rendite für Männer und Frauen um rund 25 Prozent sinkt (vgl. Abb. 1) (6).

Diese Schlechterstellung der jüngeren Jahrgänge beschränkt sich nicht auf die gesetzliche Rentenversicherung, sondern ist in der gesamten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst zu beobachten. Seit jeher gilt für die Beamten das Senioritätsprinzip und in der freien Wirtschaft sind Jüngere leichter kündbar als Ältere. Seit dem letzten Tarifabschluss müssen aber bei Volkswagen neueingestellte Mitarbeiter exakt dieselbe Arbeit verrichten wie die Etablierten - für 20 Prozent weniger Lohn. Im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg muss eine

Neueingestellte für das gleiche Gehalt 2,5 Wochenstunden länger arbeiten als eine etablierte (und damit meist der älteren Generation zugehörige) Arbeitnehmerin. Besonders deutlich wird die Zwei-Klassen-Gesellschaft bei den Betriebsrenten: Hier haben ältere Arbeitnehmer in Westdeutschland z.T. üppige Ansprüche - Jüngere und Ostdeutsche gehen hingegen oft leer aus. Die fetten Jahre sind vorbei - aber nur für uns Junge.

Unglück oder Ungerechtigkeit

Schon immer hatten verschiedene Jahrgänge unterschiedlich große Chancen auf dem Arbeitsmarkt und somit auf Wohlstand und Selbstverwirklichung. Entscheidend ist nun die Frage, ob es "Unglück oder Ungerechtigkeit" ist, dass einige Generationen schlechtergestellt sind als andere. Von Unglück würde man sprechen, wenn dieser Umstand auf externe, von der Gesellschaft nicht zu beeinflussende Umstände zurückzuführen wäre. Von Ungerechtigkeit hingegen müsste man sprechen, wenn es Möglichkeiten gäbe, die Generationen einander gleichzustellen, aber diese Möglichkeiten gegen Interessengruppen oder eine Übermacht älterer Wähler politisch nicht durchsetzbar wären.

Nun sind die Globalisierung und der dadurch forcierte Wettbewerb zweifellos externe Faktoren, die Deutschland dazu zwingen, seinen Sozialstaat zurückzubauen (7). Viele deutsche Firmen können sich freiwillige Sozialleistungen schlicht nicht mehr leisten. Dennoch ist nicht einsehbar, dass in einer solchen Situation nicht alle hierzulande gleichmäßig von den Kürzungen betroffen sind. Es wäre durchaus möglich, Gehaltskürzungen und Arbeitszeitverlängerungen für *alle* Beschäftigten einzuführen. Das gleiche Einsparvolumen wie die 20%-Kürzung für Neueingestellte ließe sich bei VW erreichen, wenn *auch* die Älteren auf einen Teil ihres Gehaltes verzichteten. Wenn Ältere auf einen Teil ihrer Betriebsrentenansprüche verzichten würden, dann wäre das Geld da, um auch den jüngeren noch eine Betriebsrente in Aussicht zu stellen. Genau diese Aufteilung der Lasten auf Jung *und* Alt versucht die Bundesregierung zaghaft mit ihren jüngsten Rentenreformen. Ohne den Nachhaltigkeitsfaktor wäre die Renditeungleichheit noch viel stärker ausgeprägt als jetzt.

Es liegt an den Jüngeren selbst, ob sie die "Wende zum Weniger" alleine ausbaden müssen. Nur wenn die junge Generation ein starkes Generationenbewusstsein entwickelt und sich aktiv für ihre eigenen Interessen einsetzt, hat sie eine Chance, ungleiche Bedingungen in der Arbeitswelt und den sozialen Sicherungssystemen zu beseitigen.

Prof. Dr. Dr. Jörg Tremmel | 26.02.2005

(1) Nullmeier, Frank (2004): *Die politische Karriere des Begriffs Generationengerechtigkeit" und seine wissenschaftliche Bedeutung, in: Generationengerechtigkeit! 4 (2004) 3, S. 9*

(2) Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (2003: *Handbuch Generationengerechtigkeit, S.35*

(3) *Die Frage lautete exakt: "Für die junge Generation wird es in Zukunft viel schwieriger, ebenso abgesichert und im Wohlstand zu leben wie die heutige Elterngeneration." Dieser Aussage stimmten 61 Prozent der 18-49jährigen, 58 Prozent der 50-64jährigen, 49 Prozent der 65-79jährigen und 43 Prozent der Über79jährigen zu (Opaschowski, Horst (2004): Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft. Darmstadt, S. 199).*

(4) Zwei Argumente sind allerdings deutlich zu unterscheiden. Einige Debattenteilnehmer - darunter auch der Autor - vertreten die Auffassung, dass das Umlagesystem Generationen gerechter werden kann und muss. Andere nutzen die Debatte, um eine vollständige oder weitgehende Umstellung der Rentenversicherung auf das Kapitaldeckungssystem zu erreichen. Dagegen hat sich der Autor mehrmals gewandt, siehe z.B. Tremmel, Jörg (1997): *Wie die gesetzliche Rentenversicherung nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit reformiert werden kann*. In: *Gesellschaft für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt*. Hamburg. S. 149-240

(5) *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (2004): Generationengerechtigkeit - Inhalt, Bedeutung und Konsequenzen für die Alterssicherung*. Frankfurt am Main

(6) *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): Jahresgutachten 2004/2005. Erfolge im Ausland - Herausforderungen im Inland*. Wiesbaden. S. 304, Schaubild 76

(7) *Während die Arbeitnehmer in Deutschland an sozialer Sicherheit verlieren, steigen Löhne und Lebensstandard z.B. in Polen für die dortigen Beschäftigten, und zwar v.a. auch die jüngere Generation, an. Insofern kommt es bei Generationengerechtigkeit stark auf den regionalen Bezug an*.

Weiterlesen / Weiterempfehlen